

# THEMA IM LANDTAG

## Frühförderung, Innovation und sozialer Zusammenhalt Die Arbeitschwerpunkte der Fraktion

Die SPD-Landtagsfraktion will ihre Arbeit noch stärker als bisher profilieren. Deshalb hat sie beschlossen, ihre Aktivitäten auf drei zentrale Zukunftsfelder zu konzentrieren: »Mehr Chancen für Bildung und Familie«, »Neue Arbeit durch Innovation und Wachstum« und »Starke Gemeinschaften durch soziale Verantwortung.« Die Themenfelder werden in Projektgruppen, an denen Landtagsabgeordnete aus den verschiedenen Facharbeitskreisen teilnehmen, bearbeitet. Diese neue Arbeitsstruktur ist nicht einfach eine organisatorische Ergänzung der bisherigen Facharbeitskreise. Sie folgt einer inhaltlichen Einsicht: Die wirklich spannenden Themen kann man nur dann sinnvoll bearbeiten, wenn man das herkömmliche »Schubladendenken« überwindet. Während es den Ministern der Regierung Wulff nicht gelingt über den Tellerrand der eigenen Ressortgrenzen zu blicken, will es die SPD-Fraktion anders und besser machen. Denn für die Menschen ist es egal, welcher Fachpolitiker formal zuständig ist – sie wollen sachorientierte Lösungen.

### »Mehr Chancen für Bildung und Familie«

Inzwischen müssten es eigentlich auch die Politiker von CDU und FDP begriffen haben: Über die Bildungschancen unsere Kinder wird zum großen Teil schon vor der Einschulung entschieden. Schon im Kindergarten werden die Fundamente für die weitere Bildungsbiografie gelegt. Alle internationalen Vergleichsstudien zeigen, dass wir in Deutschland gerade im Bereich der Frühförderung erhebliche Defizite haben. Nicht nur, dass unser System der Kinderbetreuung dringend ausgebaut werden muss. Auch qualitativ haben wir viel aufzuholen. Immer noch glauben viele, dass Kindergärten bessere Verwahranstalten sind. Wenn wir das Gebot der Chancengleichheit ernst nehmen, müssen wir die Kinderbetreuung zu einem integralen Bestandteil des Bildungssystems machen – und natürlich auch entsprechend mehr Geld investieren.

Unter CDU und FDP geschieht in Niedersachsen das Gegenteil. Die Sprachförderung in Kindergärten wird gekürzt und es gibt kein Konzept für eine frühe Förderung aller Kinder. Die Ganztagsschulen erhalten keine Lehrkräfte und Sozialpädagoginnen und -pädagogen. Die frühe Selektion ins dreigliedrige Schulsystem trifft vor allem die Hauptschüler.

Die SPD-Landtagsfraktion will sich besonders intensiv um das Problem der Frühförderung kümmern. Denn der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung ist nicht zuletzt auch ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Familien- und Gleichstellungspolitik. Bildungs- und Sozialpolitikerinnen und -politiker müssen bei diesem Thema eng **Fortsetzung Seite 2**

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,



**Sigmar Gabriel**

»Niedersachsen braucht Perspektiven« – so ist das Arbeitsprogramm überschrieben, das die Landtagsfraktion in der vergangenen Sitzung beschlossen hat. Mit diesem Programm wird die Diskussion, die auf der Klausursitzung Ende vergangenen Jahres in Göttingen begonnen hat, fortgeführt: Nach den inhaltlichen Schwerpunkten stehen jetzt auch die organisatorischen Rahmenbedingungen fest.

Unser Ziel: Wir wollen klare Alternativen zur rückwärtsgewandten Politik der CDU/FDP-Landesregierung benennen. Dabei setzen wir deutliche Schwerpunkte unter den Überschriften »Mehr Chancen für Bildung und Familie«, »Neue Arbeit durch Innovation und Wachstum« und »Starke Gemeinschaften durch soziale Verantwortung.« Diese zentralen Themenfelder wollen wir in den nächsten Monaten so bearbeiten, dass nicht die herkömmlichen Instrumente der Parlamentsarbeit im Vordergrund stehen, sondern die konkreten Probleme der Menschen vor Ort. Denn wir haben in zwei Jahren Oppositionsarbeit erfahren müssen, dass die CDU/FDP-Mehrheit alle unsere Vorschläge im Landtag kaltschnäuzig ablehnt und dass bedauerlicherweise auch die Öffentlichkeit unsere parlamentarischen Initiativen nicht immer so wahrnimmt, wie wir uns das wünschen. Die Arbeit zu den drei Querschnittsthemen soll in neu eingerichteten Projektgruppen strukturiert werden.

Wir werden im »Niedersachsen Netzwerk« ausführlich über diese Projektgruppen berichten und auch neue Beteiligungsformen für Menschen, die nicht der Fraktion angehören, ausprobieren. Denn unsere Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sie breite Unterstützung findet.

Mit besten Wünschen für ein frohes Osterfest grüßt euch euer

*Sigmar Gabriel*

zusammenarbeiten – denn Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Und natürlich darf dabei auch die Kommunalpolitik nicht vergessen werden. Denn Städte und Gemeinden sind für die Kinderbetreuung zuständig, können aber aufgrund der katastrophalen Haushaltsslage schon heute nicht die Angebote bereitstellen, die eigentlich gebraucht würden.

## »Neue Arbeit durch Innovation und Wachstum«

Neue Jobs und mehr Lehrstellen entstehen vor allem durch Investitionen in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur. Leider kürzen CDU und FDP genau in diesen Bereichen. In Universitäten und Hochschulen wurden 50 Mio. Euro gestrichen und die Technologieförderung gekürzt. Die Folge sind weniger neue Erfindungen und Ausgründungen. So muss z.B. das Laserzentrum Hannover-Garbsen seine Arbeit einschränken, weil es nicht mehr genug Eigenmittel hat, um Aufträge aus der Industrie einzuwerben.

Die Investitionsquote des Landes sinkt dieses Jahr auf den schlechtesten Wert seit 1949. Dagegen steigt die Jugendarbeitslosigkeit: Vom Januar 2004 zum Januar 2005 um 45%, während der Bund »nur« eine Zunahme um 27% zu verzeichnen hat. Das ist der zweitschlechteste Wert in ganz Deutschland nach dem Stadtstaat Bremen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) entwickelt sich schlechter als im Bundesdurchschnitt. 2004 wies Niedersachsen ein BIP-Wachstum von 1,5% auf, der Bundesdurchschnitt lag bei 1,7%. Auch die

Erwerbszahlen steigen schwächer als im Bund. Im Jahre 2004 betrug die Erwerbstätigenzunahme in Niedersachsen 0,1%, in Deutschland insgesamt lag sie bei 0,3%.

Wir wollen Konzepte entwickeln, wie diesem verhängnisvollen Trend entgegengewirkt werden kann. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in neue Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können. Niedersachsen hat erhebliche Potenziale etwa bei der Entwicklung und der Vermarktung regenerativer Energien. Geraade dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die politischen Rahmenbedingungen für solche Zukunftsbranchen sind: Ohne die Energiepolitik der Bundesregierung hätten viele Tausend Jobs in dieser Branche allein in Niedersachsen nicht geschaffen werden können.

## »Starke Gemeinschaften durch soziale Verantwortung«

In einer Welt ständigen Wandels brauchen Menschen auch Sicherheit. Das gilt besonders für die Schwächeren im Lande. Unter CDU und FDP wird den Menschen in Niedersachsen Sicherheit genommen. Die Mittel der Wohlfahrtsverbände werden trotz gegenteiliger Versprechen weiter gekürzt. Die soziale Infrastruktur wird zum Steinbruch der Haushaltsskürzungen: AIDS-Hilfe, Obdachlosenhilfe, Suchtbekämpfung, gemeindenahe Psychiatrie, Mädchenhäuser oder sozialer Stadtumbau werden immer wieder zur Kürzung vorgeschlagen. Durch die Ein-

sparungen in der Altenpflege drohen den Pflegebedürftigen in Zukunft wieder Zwei- und Dreibettzimmer. Auch in der Behindertenhilfe wird gestrichen und das Landesblindengeld praktisch abgeschafft.

Die SPD-Landtagfraktion hat schon in der Vergangenheit eng mit den Verbänden und Initiativen zusammengearbeitet – etwa bei Kampf gegen die Abschaffung des Landesblindengeldes. Dieser Dialog soll weiter intensiviert werden. Wir wollen dabei nicht nur den Widerstand gegen die Kahlschlagpolitik der konservativen Landesregierung stärken, sondern eigene, zukunftsfähige Konzepte entwickeln. Wir müssen beispielsweise zur Kenntnis nehmen, dass sich in vielen sozialen Brennpunkten Perspektivlosigkeit breit macht und dass sich Parallelgesellschaften entwickeln. Dieser Trend wird durch die Kürzungen des Landes beim Projekt »Soziale Stadt« natürlich noch verstärkt. Hier müssen wir den Schulterschluss etwa zwischen Sozial-, Städtebau- und Integrationspolitikern suchen. Denn im Kern geht es um die Frage, wie wir das Vertrauen der Menschen, die sich von der Politik nicht mehr vertreten fühlen, wieder gewinnen können.

Zugegeben: Die Fraktion hat sich viel vorgenommen. Aber wenn es gelingt, zu diesen Themen in einem breiten Dialog neue Ideen zu entwickeln und diese in der Öffentlichkeit zu vermitteln, sind wir unserem Ziel ein Stück näher gekommen: dem Land Niedersachsen neue Perspektiven zu geben.

**Für weitere Informationen zu diesem Thema siehe Artikel »Kräfte bündeln für Niedersachsens Perspektiven« ab Seite 4.**

## Termine

- 05. April, 12:00 – 14:00 Uhr  
Fraktionsvorstand im Niedersächsischen Landtag, Raum 122
- 12. April, 12:00 – 14:00 Uhr  
Fraktionsvorstand im Niedersächsischen Landtag, Raum 122
- 12. April, 14:00 – 16:00 Uhr  
Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Raum 122
- 13. April: Kongress zur »frühkindlichen Sprachförderung«  
Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben
- 15. April: Einsendeschluss zum 16. nds. SPD-Frauenpreis
- 19. April, 12:00 – 14:00 Uhr  
Fraktionsvorstand im Niedersächsischen Landtag, Raum 122
- 19. April, 15:00 – 17:00 Uhr  
Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Raum 122
- 20. – 22. April: Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages

## Impressum

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover**

### V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley  
Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

### Redaktion:

Tobias Dünow  
(E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)  
Thilo Scholz  
(E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

### Layout und Satz:

Andreas Schneider  
(E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

## Versprochen – gebrochen

**Ein Jahr nach der Wahl von Christian Wulff zum Ministerpräsidenten hat die SPD-Landtagsfraktion die Aktion »versprochen – gebrochen« gestartet. Jede Woche nahmen wir uns ein Versprechen vor, das CDU und FDP vor der Landtagswahl abgegeben haben, und verglichen das mit dem konkreten Regierungs-handeln. Heute, 12 Monate später, beenden wir diese Aktion. Denn inzwischen sind alle zentralen Wahlversprechen gebrochen. Ein beredtes Zeugnis für die »Glaubwürdigkeit« dieses Ministerpräsidenten ...**

In diesem online-TiL dokumentieren wir noch einmal mal die dreisten Wahllügen von Wulff & Co. Die komplette Übersicht ist auch weiterhin im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6571&lang=de> zu finden.

Versprechensbrechung Nr. 019  
vom 12.07.04:

**Keine Politik auf Kosten der Kommunen**  
»Wir wollen eine Politik mit den Kommunen machen – und nicht auf deren Kosten.« Das versprach die CDU in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2003.

**Fakt ist:** Die Landesregierung streicht den Kommunen im kommenden Jahr 150 Millionen Euro, die in den Städten und Gemeinden fest eingeplant waren.

»Das sich selbst angeheftete Etikett von der kommunalfreundlichen Landespolitik sollte die Landesregierung schnellstens verschwinden lassen«, sagen die Präsidenten des Niedersächsischen Städtetags und des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Ulrich Mägde und Rainer Timmermann, in einer gemeinsamen Erklärung.

Versprechensbrechung Nr. 020  
vom 16.07.04:

**Der Sport braucht verlässliche Partner**  
»Der Sport braucht verlässliche Partner! Wenn unsere Verfassung jetzt fordert, dass Land und Kommunen den Sport schützen und fördern müssen, dann darf das kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss Selbstverpflichtung sein. Deshalb darf die Sportförderung in Niedersachsen nicht bei jeder Haushaltstagsklausur wieder auf die Kürzungsliste kommen.« Das sagte die CDU in ihrer Stellungnahme zu den sportpolitischen Fragen des Landessportbundes (vgl. Sport und mehr 01/2003).

**Fakt ist:** Dies galt schon bei der ersten Haushaltstagsklausur nicht mehr. Für 2004

wurden die Mittel für die Sportförderung bereits um 10 Prozent gekürzt – mit dem erneuten Versprechen, ab jetzt gäbe es aber nun wirklich Planungssicherheit für die Sportverbände. Auf der zweiten Haushaltstagsklausur für den Haushalt 2005 wurde nun eine weitere Kürzung um wiederum 10 Prozent beschlossen. Wie heisst es doch schön im Kindervers: »Wer einmal lügt (pardon: sich irrt), dem glaubt man nicht, ...«

Versprechensbrechung Nr. 031  
vom 03.10.04:

### Fördern und Fordern

»Unsere Grundsätze für eine moderne Integrationspolitik sind Fördern und Fordern.« Das versprach die CDU in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2003.

**Fakt ist:** Die Landesregierung fordert zwar Integrationsbemühungen von den in Niedersachsen lebenden ausländischen Bürgern und Bürgern ein – aber sie halbiert gleichzeitig die Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen. Sprachförderung, muttersprachlicher Unterricht und Hausaufgabenbetreuung werden zudem gestrichen oder zusammengekürzt. Damit verschlechtern sich für Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen die Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. So kann Integration nicht funktionieren.

Versprechensbrechung Nr. 036  
vom 07.11.04:

### Städtebauförderung

»Außerdem wollen wir die Baubranche direkt beleben durch: höhere Mittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung.« Das versprach die CDU in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2003.

**Fakt ist:** Statt die Mittel für den Städtebau wie versprochen zu erhöhen, streicht die Landesregierung im kommenden Jahr das Programm »Soziale Stadt«. Damit lässt die Landesregierung soziale Brennpunkte im Stich. Außerdem schadet sie massiv



der Bauwirtschaft. Denn mit den 19 Millionen Euro, die das Land einspart, hätten – zusammen mit Bundes- und EU-Mitteln sowie privaten Geldern – Gesamtinvestitionen in Höhe von 450 Millionen Euro realisiert werden können.

Auch bei der Dorferneuerung hat die Landesregierung ihr Wahlversprechen gebrochen. Neue Mittel werden nicht mehr bewilligt.

Versprechensbrechung Nr. 039  
vom 26.11.04:

### »Partnerschaftliche Sozialpolitik«

»Diese Landesregierung will nicht Gegner, sondern Partner der sozialen Initiativen, der gemeinnützigen, kirchlichen und privaten Träger sein.« Das versprach Christian Wulff in seiner Regierungserklärung vom 4. März 2003.

**Fakt ist:** Die Landesregierung hat alle Versprechungen gegenüber den sozialen Initiativen, den gemeinnützigen, kirchlichen und privaten Trägern in der Sozialpolitik gebrochen. So werden die Mittel für die Wohlfahrtsverbände in diesem Jahr erneut um 11 Prozent gekürzt. »Keine Landesregierung hat bisher in der Geschichte des Landes Niedersachsen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und ihre Arbeit in dieser Form behandelt«, heißt es in einer Erklärung, die die Verbände (AWO, Caritas, Diakonie, DRK, Jüdische Wohlfahrt und Paritätischer) auf einem Krisengipfel verabschiedet haben. »Partnerschaftliche Sozialpolitik« sieht anders aus.

**Versprechensbrechung Nr. 042**  
vom 19.12.04:**»Wir werden die Nettokreditaufnahme senken«**

»Wir werden die Nettokreditaufnahme jedes Jahr um 350 Millionen Euro senken.« Das versprach Christian Wulff noch ein Jahr nach seiner Regierungsübernahme.

**Fakt ist:** Die Landesregierung macht im kommenden Jahr 645 Millionen Euro mehr Schulden als sie zugibt. Diese Sum-

me ist in Schattenhaushalten versteckt. Bis zum Jahr 2008 will Finanzminister Möllring neue Schulden in Höhe von 10,79 Milliarden Euro aufnehmen. Schon jetzt ist klar: Alle Haushalte in dieser Legislaturperiode werden verfassungswidrig sein.

**Versprechensbrechung Nr. 047**  
vom 30.01.05:**»Das Erststudium bleibt gebührenfrei«**  
»Das Erststudium bleibt gebührenfrei.«

Das versprach die CDU in ihrem Wahlprogramm.

**Fakt ist:** Seit dem 26. Januar ist es auch offiziell: Die Landesregierung will allgemeine Studiengebühren einführen. Nach den in der Geschichte des Landes Niedersachsens beispiellosen Kürzungen bei Wissenschaft und Forschung und nach der Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages um 50 Prozent ist das ein weiterer Betrug an den Studierenden. Und ein dreister Bruch eines zentralen Wahlversprechens dazu.

## Kräfte bündeln für »Niedersachsens Perspektiven« SPD-Fraktion beschließt neue Arbeitsstruktur

»Was macht ihr da eigentlich in Hannover? Man nimmt euch als Opposition gar nicht wahr.« Diese Frage wird immer wieder an uns gerichtet. Dahinter steht der Eindruck, dass die Arbeit der SPD-Fraktion im Landtag daherkommt wie ein zahnloser Tiger. Allerdings – und dies ist nicht als Rechtfertigung, sondern als Erklärung zu verstehen – stützt sich dieser Eindruck vor allem auf die Lektüre der veröffentlichten Meinung, und die ist doch recht selektiv, weil viele Initiativen der Fraktion, viele unserer Presseerklärungen und viele unserer parlamentarischen Initiativen dort einfach nicht vorkommen. Dafür nur drei Beispiele aus der aktuellen Tagespresse von heute (17. März 2005):

- Bei der Beratung und Verabschiedung des Polizeigesetzes haben wir massiv das Instrument der Telefonobservation im Plenum kritisiert, in der Ausschusshörung dazu pointiert Stellung bezogen, einige Pressehintergrundgespräche geführt und viele Presseerklärungen herausgegeben. Die Berichterstattung dazu hielt sich in Grenzen. Jetzt wird jedoch über die Klage eines Einzelnen, der diese mit exakt den gleichen Einwänden wie die SPD-Fraktion kritisiert, breit berichtet.
- Bereits bei den Beratungen über die Auflösung der Bezirksregierungen haben wir darauf hingewiesen, dass der Wegfall der Mittelinstanz als Berufungsebene zukünftig bei vielen Widerspruchsverfahren gegen Bescheide der kommunalen Ebene zu einer Überlastung der Gerichte – die zukünftig als Widerspruchinstanz unmittelbar in Anspruch genommen werden müssen – führen wird. Auch hiermit kamen wir kaum in der Presse vor. Jetzt wo dies Realität wird, berichtet die Presse breit darüber.
- Seit mehr als einem Jahr weisen wir immer wieder darauf hin, dass die CDU bei der Unterrichtsversorgung trickst und trotz vieler Verschleierungsversuche des Kultusministers die Anzahl der Lehrerstellen real abgebaut wird. Erst in den vergangenen drei Wochen konnten wir damit einige Artikel platzieren.

Wir haben daraus unsere Schlüsse gezogen und bereits auf der Fraktionsklausur in Göttingen eine neue Strategie entwickelt. Unsere dort beschlossene Kritik am Haushaltspol 2005 haben wir mit eigenen Umschichtungsvorschlägen untermauert und damit ein eigenes sozialdemokratisches Profil entwickelt und verdeutlicht.

Das Ergebnis konnte sich sehen lassen. Wir haben die CDU im Dezemberplenum ziemlich in die Defensive gebracht. Dies hat gezeigt: Es reicht nicht aus, eine Oppositionsstrategie nur auf einer – wenn auch fundierten – Kritik an den Initiativen der Landesregierung und der Parlaments-

mehrheit aufzubauen. Wir müssen ein eigenes Profil und eigene Perspektiven für Niedersachsen entwickeln. Die SPD-Fraktion hat deshalb in den letzten Wochen auf der Grundlage der Herbstbeschlüsse von Göttingen ein weiterführendes Arbeitsprogramm entwickelt. »Niedersachsen braucht Perspektiven«, unter diesem Motto wollen wir unser Profil schärfen und unsere Ziele für die Zukunftsfelder des Landes beschreiben.

Im Verlauf der Debatte ist uns klar geworden, dass die Ziele in diesen drei Feldern nicht in den bereits bestehenden Arbeitskreisen – die sich an den Landtagsausschüssen orientieren – diskutiert und defi-

### Niedersachsen braucht Perspektiven.

SPD-Zukunftsprogramm  
Die Zukunftsfelder.



niert werden können. Die Inhalte alle drei Zukunftsfelder betreffen verschiedene gesellschaftliche Bereiche, sie müssen und sollen deshalb arbeitskreisübergreifend erarbeitet werden.

Wir werden deshalb eine neue Arbeitsstruktur aufbauen und in Projektgruppen, an denen sich alle Fraktionsmitglieder beteiligen können, diese Zukunftsfelder bearbeiten und die geplanten Kampagnen zur Vermittlung der Arbeitsergebnisse in die Öffentlichkeit steuern. Dabei wollen wir uns auch Sachverständ »von draußen« holen.

## Niedersachsen braucht Perspektiven.

SPD-Zukunftsprogramm  
Die Projektthemen.

**Zukunftsfeld:**  
Neue Arbeit  
durch  
Innovation & Wachstum.

**Projektthema:**  
**Regionalentwicklung**  
(AK Wirtschaft, Innen,  
Ländlicher Raum)

**Projektthema:**  
**Innovationspolitik**  
(AK Wirtschaft, Umwelt,  
Wissenschaft)

**Projektthema:**  
**Arbeitsmarktpolitik**  
(AK Soziales, Innen)

## Niedersachsen braucht Perspektiven.

SPD-Zukunftsprogramm  
Die Projektthemen.

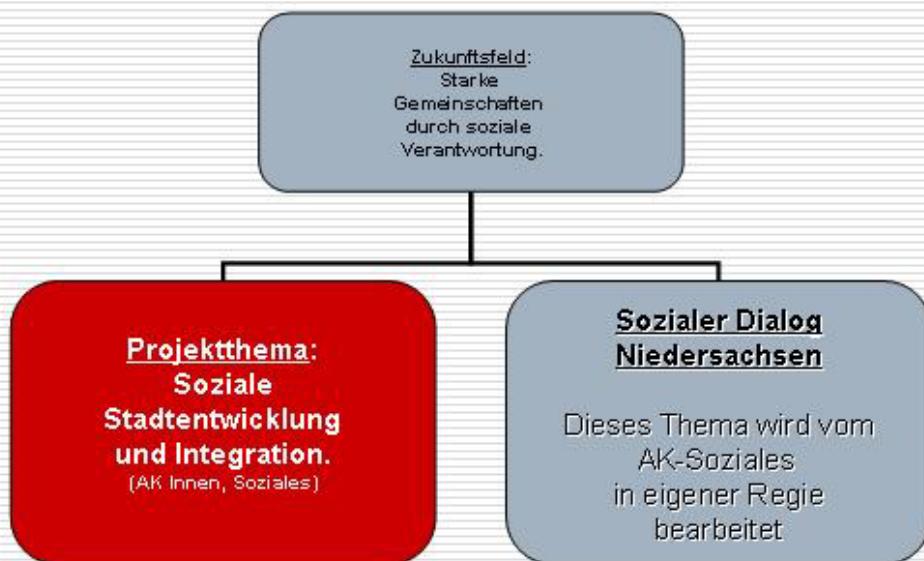
**Zukunftsfeld:**  
Mehr Chancen  
für  
Bildung und Familie.

**Projektthema:**  
**Frühe Förderung in  
sozialen Brennpunkten.**  
(AK Kultus, Soziales, Innen)

**Projektthema:**  
**Familienland  
Niedersachsen.**  
(AK Kultus, Soziales)

# Niedersachsen braucht Perspektiven.

SPD-Zukunftsprogramm  
Die Projektthemen.



Bereits während der Erarbeitungsphase, aber verstärkt bei der Vermittlung unserer Ziele für das Land, werden wir eine eigene Kommunikationsstruktur aufbauen und über das Internet, über Fachtagungen und Kongresse einen eigenen Vermittlungsstrang aufbauen.

## Busemanns Bluff: Unterrichtsversorgung sinkt weiter

**Er hatte viel versprochen, der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann: Die Unterrichtsversorgung an den Schulen werde steigen und 100 Prozent weit übertreffen. Kleinlaut musste er jetzt zugeben: Dieses Ziel rückt in immer weitere Ferne. Obwohl der Minister trickst und manipuliert.**

Eltern, Lehrer und Schüler in Niedersachsen konnten sich nur verwundert die Augen reiben, als sie die Zeitung lasen: Da erklärte der Kultusminister in einem Interview, an den Schulen sei alles in Ordnung. Wenige Tage später musste Busemann denn auch zurückrudern und einräumen: Sein zentrales Wahlversprechen, für mehr Unterricht zu sorgen, ist gebrochen.

»Busemanns Rechentricks können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kinder in Niedersachsen weniger Unterricht erhalten als noch vor zwei Jahren«, sagte dazu der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner. Nach den neuen Berechnungsmethoden des Kultusministeriums seien rund 1.200 Lehrerstellen weniger nötig, um eine rechnerische Unterrichtsversorgung von 100 Prozent zu gewährleisten. »Dass der Landesdurch-

schnitt dennoch deutlich unter dieser Zielmarke liegt, ist ein Armutszeugnis für den Kultusminister«, so Jüttner.

Zudem sieht die Realität vor Ort anders aus, als der Kultusminister Glauben machen wollte. »Die Schüler, deren Unterricht in vielen Fächern wegen Lehrermangels monatelang ausfällt, müssen sich von Herrn Busemann verschaukelt fühlen.« Außerdem versuche das Ministerium insbesondere den Schulleitungen Maulkörbe zu verpassen. »Die Situation an den Schulen wird aber nicht dadurch besser, dass man den Lehrern verbietet, über die Missstände zu sprechen«, sagte Jüttner. An mehr als 100 Schulen in Niedersachsen liegt die Unterrichtsversorgung zum Teil weit unter 95 Prozent. Vor diesem Hintergrund werden die Eltern sehr genau beobachten, ob Herr Busemann sein Ver-



Wolfgang Jüttner

sprechen, alle frei werdenden Lehrerstellen noch in diesem Jahr wiederzubesetzen, einhält.«

## Niedersachsens Hochschulen auf dem Weg nach Europa

### Rückblick auf die Veranstaltung am 17. März 2005

**Mit der Lissabon-Strategie soll die EU bis zum Jahre 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt gemacht werden. Forschung und Innovationen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Deshalb will die EU-Kommission die Innovationskraft durch eine Verdoppelung des EU-Forschungsetats im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms stärken. – Von derzeit knapp 20 Milliarden auf zukünftig 38 Milliarden Euro.**

Aber nicht nur der EU-Haushalt soll sich steigern, gleiches muss sich in den nationalen Haushalten vollziehen. Davon sind wir noch weit entfernt. In den Länderhaushalten erleben wir, dass die Etats zurückgefahren werden. Auch in Niedersachsen hat die CDU/FDP Landesregierung den Hochschuletat drastisch zusammengestrichen, Forschungsförderung in den Hochschulen findet kaum noch statt.

Hinzu kommt, dass der Förderalismusstreit alle Initiativen im Hochschulbereich, sei es der Forschungspakt oder die Exzellenzinitiative, blockiert und dringende Investitionen in Forschung und Wissenschaft auf Eis gelegt werden. Diese aktuellen Entwicklungen stehen im krassen Gegensatz zur Idee der Schaffung eines Europäischen Hochschul- und Forschungsraumes. Im Focus europäischer Forschungspolitik

stehen die Forschungsrahmenprogramme. 2006 läuft das 6. Rahmenprogramm aus. Zeit Bilanz zu ziehen und nach der Partizipation niedersächsischer Hochschulen zu fragen. Der Blick nach vorn gilt dem 7. Rahmenprogramm Forschung, mit dem die europäische Forschungsförderung neu ausgerichtet wird. Neue Themen und neue Instrumente stellen die Hochschulen vor neue Herausforderungen.



V.l.n.r.: Alexandra Ortmann; Erika Mann, MdEP; Dr. Gabriele Andretta, MdL; Dr. Eva Rose, Prof. Dr. Claus Rollinger

### Das »Niedersachsen-Netzwerk« Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte User können sich auf der Internetseite <http://www.spd-landtag-nds.de> mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen.

Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikel- und Musterpresseerklärungsdienst, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

## The Body is the Artist

Die SPD-Landtagsfraktion verleiht den Kunstpreis 2004 an Marina Abramovic

Bereits seit 1988 verleiht die SPD-Landtagsfraktion den Kunstpreis. Hervorgehend aus der Initiative »Künstler nehmen Stellung« ist seit 1992 eine unabhängige Jury für die Auswahl der Preisträgerin/des Preisträgers zuständig. Isolde Saalmann begleitet die Arbeit der Jury seitens der Landtagsfraktion.

Am 15. März 2005 überreichte Sigmar Gabriel den mit 5.500 Euro dotierten Kunstpreis an die diesjährige Preisträgerin Marina Abramovic. Zu diesem Anlass hatten sich gut 200 Kunst- und Kulturschaffende aus ganz Niedersachsen im Niedersächsischen Landtags zusammen gefunden. Gabriel nahm neben der Würdigung der Künstlerin und ihres Werkes dieses Jahr auch zur aktuellen Kulturpolitik Niedersachsens Stellung. Durch die Zerschlagung der Kulturfachverbände

gener Körper. »Marina Abramovic entwirft und durchlebt radikale Situationen, in denen sie ihren Körper Risiken aussetzt und äußere Einflüsse von Entbehrungen bis hin zum starken Schmerz als Teil der Kunstausübung transzendent«, so Mahler.

Aus Belgrad stammend lebt Abramovic heute in Amsterdam und New York. Von 1997 bis 2004 lehrte sie an der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig.



### Preisträger und Preisträgerinnen

- 1988 Karl Schaper
- 1989 Prof. Siegfried Neuenhausen
- 1990 Klaus-Jürgen Breuste
- 1991 keine Preisvergabe
- 1992 Professor Hans Peter Zimmer
- 1993 Professor Roland Dörfler
- 1994 Professor Emil Cimiotti
- 1995 Professor Dietrich Helms
- 1996 Lienhard von Monkiewitsch
- 1997 Professor Heinrich Riebesehl
- 1998 Ingema Reuter postum
- 1999 Peter Basseler
- 2000 Professorin Birgit Hein
- 2001 Professor Ulrich Baehr
- 2002 Timm Ulrichs
- 2003 Hans-Albert Walter
- 2004 Marina Abramovic

und die geplante dirigistische Kulturförderung drohe weiten Teilen der Kultur Niedersachsens das Aus, so Gabriel. Diese deutlichen Aussagen zu den kulturpolitischen Vorstellungen von CDU und FDP wurden von den Gästen ausgesprochen dankbar aufgenommen.

In einer beachtenswerten Laudatio ging der ehemalige Schüler von Abramovic, Hannes Malte Mahler, auf ihr Leben und Werk ein. Abramovics Leitsatz, »The Body is the Artist«, zieht sich durch das Schaffen der wohl bedeutendsten aktiven Performance-Künstlerin. Das wesentliche Material der 59-jährigen Künstlerin ist ihr ei-



## 5 Fragen an ...

### Alice Graschat, Landtagsabgeordnete aus Osnabrück

1. Alice, du bist seit vielen Jahren kommunalpolitisch in Osnabrück aktiv, zuletzt als Fraktionsvorsitzende. Warum hast du eigentlich den Schritt von der Kommunal- in die Landespolitik gemacht?

Als ich vor 19 Jahren in den Rat kam, habe ich mich oft geärgert über »alte Hasen«, die auf jede neue Idee mit »hatten wir schon« oder »geht nicht« reagierten. Damals habe ich mir geschworen: »So wirst du nie!« Nach 17 Jahren in Führungspositionen als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und als Fraktionsvorsitzende habe ich mich zunehmend dabei ertappt, ähnliches mindestens zu denken und dann beschlossen, dass es höchste Zeit ist für einen Wechsel.

2. Wenn du zurückblickst – was sind aus deiner Sicht die größten Unterschiede zwischen Kommunal- und Landespolitik?

Die Kommunalpolitik ist aufgrund des örtlichen Bezuges der Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger erlebbarer und einfacher vermittelbar als Landespolitik. Dazu tragen natürlich auch die Medien in der Fläche bei, die über Kommunalpolitik relativ viel und über landespolitische Sachthemen kaum berichten. Insofern hört man bezogen auf den Landtag schon hin und wieder die Frage: »Was machst Du da eigentlich?« Seit einiger Zeit verweise ich dann auf meine Homepage <http://www.alice-graschat.de>, wo die Termine der jeweils letzten zwei Wochen dargestellt sind.

3. Wo siehst du Berührungspunkte zwischen deiner Tätigkeit als Landtagsabgeordnete und der als Ratsfrau?

Ich war überrascht festzustellen, wie viel es zu tun gibt, um die kommunale Ebene frühzeitig in Entscheidungsprozesse in Hannover einzubinden und einen Informationsaustausch sicherzustellen, damit das nicht dem Zufall überlassen bleibt. Bisher erlebe ich die Tätigkeit als »normales« Ratsmitglied neben meinem Hauptberuf als Abgeordnete daher als gegenseitig befriedigend und impulsgebend für Initiativen sowohl im Landtag als auch im Rat.

4. Du kommst ja aus der Heimatstadt des amtierenden Ministerpräsidenten. Da dürfte es besonders schwer sein, SPD-Positionen zu vermitteln ...

Die Positionen sind nicht das Problem – das ist in Osnabrück nicht schwerer als überall. Besonders schwierig ist es hier aber, den Menschen zu vermitteln, dass Christian Wulff für das, was CDU und FDP in Hannover beschließen, ganz persönlich als Ministerpräsident die Verantwortung trägt. Aufgrund persönlicher Bekanntschaft und des von ihm vor Ort gezielt vermittelten Eindrucks haben viele das Gefühl: »Der gute Mann würde alles gern anders machen, wird aber durch widrige Umstände daran gehindert. Auf jeden Fall tut er sein Bestes!« Dem gilt es entschieden entgegen zu treten!



Alice Graschat

5. Eine Fee verspricht, dir drei politische Wünsche unverzüglich zu erfüllen. Welche wären das?

Christian Wulff müsste als Oppositionsführer erleben, wie wir die Dinge wieder in Ordnung bringen! Heide Simonis wäre Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein und die Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse könnte dort eingeführt werden. Und: Hartmut Möllring erhielte seine gerechte Strafe für sein Verhalten im Landtag.

### Praktikum bei der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sucht derzeit eine/einen PraktikantIn für den Zeitraum vom 23.05. bis 15.07.2005. Inhalt des Praktikums ist v.a. die Vorbereitung und Durchführung der Sommerreise des Fraktionsvorsitzenden. Eine Aufwandsentschädigung wird gewährt.

Nähere Informationen sind auf der Homepage der Fraktion unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6975&lang=de> einzusehen.

Bewerbungen bitte mit einem kurzen Qualifikationsprofil bis zum 29.03.2005 richten an:

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
c/o Hr. Dr. Cornelius Schley  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

oder per E-Mail an

[Cornelius.Schley@LT.niedersachsen.de](mailto:Cornelius.Schley@LT.niedersachsen.de)